

Profil zeigen: Deutschlands Kandidatur für den Sicherheitsrat

Deutschlands Kandidatur für einen nichtständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat für die Jahre 2019/2020 ist kein Selbstläufer. Die Mitbewerber um die zwei Sitze, Belgien und Israel, können mit Deutschlands wenig innovativer Kampagne mithalten. Wird Deutschland gewählt, sollte es europäisch handeln und den Rat als Krisenmanager wiederbeleben.



Anja Papenfuß, geb. 1969, leitet die Pressestelle der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in Berlin. Zuvor war sie Redaktionsleiterin des Online-Journals Internationale Politik und Gesellschaft (IPG) der FES und bis Ende des Jahres 2015 Chefredakteurin der Zeitschrift VEREINTE NATIONEN der DGVN.

die Tatsache, dass Deutschland viertgrößter Beitragszahler zum ordentlichen UN-Haushalt ist sowie zu den einflussreichsten Ländern Europas zählt, lässt die Kandidatur aussichtsreich erscheinen.

Die Bewerbungskampagne

Die Argumente Deutschlands für eine Bewerbung werden mit ›Deutschland, eine Stimme für Frieden, Gerechtigkeit, Innovation und Partnerschaft in den Vereinten Nationen‹ betitelt.³ Die darin aufgeführten Ziele und Absichten sind allgemein gehalten und im Wesentlichen dieselben, die auch für die früheren Amtszeiten galten.

Im Bereich Frieden wird das monetäre Argument vorgebracht: Deutschland leistet den viertgrößten finanziellen Beitrag zur UN-Friedenssicherung. Die personelle Beteiligung wird von der Bundesregierung als gezielte und stetige Ausweitung und Professionalisierung dargestellt.⁴ Konfliktprävention und -nachsorge werden zu Schwerpunkten des deutschen friedenspolitischen Engagements erklärt, erkennbar an der finanziellen und personellen Unterstützung der Gruppe für Vermittlungsunterstützung (Mediation Support Unit – MSU) und der Kommission für Friedenskonsolidierung (Peacebuilding Commission – PBC).⁵

Im Juni 2016 gab der damalige Außenminister Frank-Walter Steinmeier Deutschlands Kandidatur für einen nichtständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen für die Jahre 2019/2020 bekannt.¹ Der Schritt kam wenig überraschend, hat Deutschland sich doch seit dem Ende des Ost-West-Konflikts durchschnittlich alle acht Jahre für den zweijährigen Sitz im wirkmächtigsten UN-Gremium erfolgreich beworben. Die Bundesrepublik gilt unter den 193 UN-Mitgliedstaaten als glaubwürdig, kompromissbereit, kooperationswillig und als überzeugter Unterstützer der Ziele der Vereinten Nationen. Als »wichtige Mittelmacht mit globalen Interessen«² gehört die Förderung friedlicher multilateraler Lösungen für regionale Krisen und globale Probleme zur Staatsräson. Diese Eigenschaften und

¹ Der Beitrag gibt die persönliche Meinung der Autorin wieder. Zur Rede siehe Frank-Walter Steinmeier, »Brüche und Brücken – Deutsche Außenpolitik in bewegten Zeiten«, Vortrag im Rahmen der GIGA Distinguished Speaker Lecture Series, 27.6.2016, Hamburg, www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/160627-bm-giga/281606. In den Vereinten Nationen war die Kandidatur Deutschlands bereits im Jahr 2013 bekannt, siehe Benny Avni, Surprise UN Attack: Germany v. Israel, New York Post, 16.5.2013, nypost.com/2013/05/16/surprise-un-attack-germany-v-israel/

² Johannes Varwick, Deutschland in den Vereinten Nationen, UN-Basis-Informationen 47, hrsg. von der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. (DGVN), Berlin 2013, S. 6.

³ Ständige Vertretung Deutschlands bei den Vereinten Nationen, Deutschland, eine Stimme für Frieden, Gerechtigkeit, Innovation und Partnerschaft in den Vereinten Nationen, Kampagnen-Broschüre, New York 2017, online unter www.auswaertiges-amt.de/blob/281456/9c6f37d447fb4345413fb592a4c25ff5/sicherheitsrat-broschuere-data.pdf abrufbar.

⁴ Ständige Vertretung Deutschlands bei den Vereinten Nationen, Deutschland, a.a.O. (Anm. 3), S. 1.

⁵ Ebd., S. 7.

Unter dem Aspekt Gerechtigkeit werden Menschenrechte mit der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung (2030-Agenda) verknüpft. Die Bundesrepublik möchte das Thema Menschenrechte verstärkt im Sicherheitsrat behandeln. Dabei liegt der Schwerpunkt weiterhin auf den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten.

Unter dem Stichwort Innovation werden die Themen Sicherheitsratsreform, nachhaltige Entwicklung, Klimawandel und Bildung zusammengefasst. Deutschland möchte sich für die Erweiterung des Sicherheitsrats, die Umsetzung der 2030-Agenda und des Übereinkommens von Paris über Klimaänderungen einsetzen und mit gutem Beispiel vorangehen.

Mit dem Schlagwort Partnerschaft wird Entwicklungszusammenarbeit, Flucht und Migration angesprochen. Hier wirbt Berlin mit der Unterstüt-

richtet. Eine Überzeugungskampagne nach innen wird als nicht notwendig erachtet, denn das Auswärtige Amt ist der Meinung, die Unterstützung im eigenen Land sei sicher. Möglicherweise scheut die Exekutive aber auch eine Diskussion über das Fehlen einer sichtbaren Strategie für das deutsche Engagement in den Vereinten Nationen – einer Strategie, mit der man gestaltet, nicht nur verwaltet.

Deutschlands Chancen auf einen nichtständigen Sitz

Neben den fünf ständigen Mitgliedern (Permanent Five – P5) China, Frankreich, Großbritannien, Russland und den USA werden jedes Jahr fünf der zehn nichtständigen Sitze neu besetzt. Die Vergabe rotiert zwischen den Regionalgruppen in der Generalversammlung. Für die Amtszeit der Jahre 2019/2020 steht je ein Sitz für Afrika, Asien-Pazifik, Lateinamerika und Karibik sowie zwei Sitze für die Gruppe der westeuropäischen und anderen Staaten (Group of Western European and Other States – WEOG) zur Verfügung.

Die Wahlen am 8. Juni 2018 in der Generalversammlung sind mit einigen Unwägbarkeiten behaftet. Im Gegensatz zu anderen Regionalgruppen ist es in der WEOG seit einigen Jahren üblich, dass es mehr Kandidaten als Sitze geben wird. Um gewählt werden zu können, müssen die Bewerber zuerst die Unterstützung ihrer Regionalgruppe sichern. Für die WEOG haben dies Belgien, Deutschland und Israel erreicht.

Israel hat seine Bewerbung für die Jahre 2019/2020 bereits im Jahr 2005⁷ eingereicht. Belgien hat sich im Jahr 2009⁸ beworben, Deutschland hingegen erst im Jahr 2013.⁹ Ein Pluspunkt für Israel ist, dass es sich zum ersten Mal bewirbt. Bis zum Jahr 2000 war es Israel als Mitglied der Asien-Pazifik-Gruppe verwehrt, sich zu bewerben. Zu viele Staaten der Gruppe verweigerten dem Land die Unterstützung. Danach wurde Israel zunächst übergangsweise und unter der Bedingung, sich nicht für den Sicherheitsrat zu bewerben, in die WEOG aufgenommen. Seit der Vollmitgliedschaft im Jahr 2004 erwog Israel zu kandidieren und wählte eine Amtszeit, für die es damals noch keine anderen Bewerbungen gab.¹⁰

Israel könnte die Nichtwahl in den UN-Sicherheitsrat als erneuten Beweis für die aus seiner Sicht grundlegende Israel-Feindseligkeit der Vereinten Nationen nutzen.

zung von jährlich mehr als 13 Milliarden US-Dollar und ist damit drittgrößter Geber im Bereich Entwicklungszusammenarbeit.

Was offensichtlich wieder einmal fehlt, ist ein erkennbares Profil, das Deutschland von anderen Staaten unterscheidet. Man reiht die wichtigsten Ziele und Absichten aneinander und hofft, dass für alle Mitgliedstaaten etwas dabei ist, damit sie die Bundesrepublik wählen.

Die Bundesregierung wird bis zum Juni 2018 auf vielfältige Art für Deutschland werben: durch bilaterale Partnerschaften, einschließlich Entwicklungshilfe, die Zusammenarbeit in den Bereichen Kultur, Bildung und Wissenschaft sowie einer intensiven Reisediplomatie in Mitgliedstaaten.⁶ Am UN-Amtssitz in New York wird die höhere Beamtenschaft alle Staaten, deren Stimme nicht sicher ist, zu Gesprächen aufsuchen. Die Kampagne ist ausschließlich auf die UN-Botschafterinnen und -Botschafter in New York und die Hauptstädte ausge-

⁶ So der Leiter der Bewerbungskampagne Andreas Künne vom Auswärtigen Amt während einer DGVN-Podiumsdiskussion zum Thema Deutschlands Kandidatur für den Sicherheitsrat 2019/2020 am 22.2.2018 in Berlin.

⁷ Avni, Surprise UN Attack, a.a.O. (Anm. 1).

⁸ Kay Wagner, Belgien will Sitz im UN-Sicherheitsrat, Belgischer Rundfunk, 21.9.2017, brf.be/national/1115935/

⁹ Is Germany Preventing Israel from Joining the Security Council?, The Jewish Voice, 22.5.2013, thejewishvoice.com/2013/05/22/is-germany-preventing-israel-from-joining-the-security-council/

¹⁰ Vgl. Ian Williams, Israel's Quest for Security Council Seat Faces Challenge in General Assembly Vote, Washington Report on Middle East Affairs, März/April 2018, S. 20–22 und Avni, Surprise UN Attack, a.a.O. (Anm. 1).

Israels zweiter Pluspunkt ist die Unterstützung durch die USA. Israel hat unter dem Ständigen Vertreter bei den UN Danny Danon eine massive Kampagne gestartet.¹¹ Danon führte ein eher ungewöhnliches Argument für Israels einzigartige Qualifikation an: Israel sei einer der wenigen Staaten, der aus erster Hand Erfahrungen mit dem Versagen der Organisation gesammelt hätte und sei daher höchst geeignet, um die UN wieder auf den rechten Weg zu bringen.¹² Doch Israels beharrliche Missachtung der UN-Charta und von Resolutionen des Sicherheitsrats vor allem in Bezug auf seine Siedlungspolitik sowie die traditionelle Feindschaft der arabischen Staaten¹³, aber auch vieler afrikanischer Staaten, werden dem Land vermutlich die entscheidenden Stimmen kosten. Israel ist sich seiner geringen Chancen wahrscheinlich bewusst und könnte die Nichtwahl als erneuten Beweis für die aus seiner Sicht grundlegende Israel-Feindseligkeit der UN und ihren Mitgliedstaaten künftig nutzen.

Belgien war schon fünfmal im Sicherheitsrat – zuletzt in den Jahren 2007/2008. Es dürfte als kleineres Land der Europäischen Union (EU) als »unabhängiger« im Vergleich zu Deutschland und als für die Belange der Entwicklungsländer empfänglicher angesehen werden. Daher könnte Belgien das beste Ergebnis erzielen.

Deutschland dürfte von Frankreich unterstützt werden und in den Ländern der Frankophonie auch dafür werben. Die Bundesregierung hat daher sehr gute Chancen, einen der beiden Sitze zu erhalten.

Entscheidend wird sein, ob sich Israel im ersten Wahlgang mindestens so viele Stimmen sichern kann, dass bei einem sehr hohen Ergebnis für einen der beiden WEOG-Kandidaten der andere die Zweidrittelmehrheit knapp verfehlen würde. Wenn Belgien und Israel in eine Stichwahl gehen müssen (siehe Info-Kasten), dann wird Israel in den folgenden Wahlgängen vermutlich verlieren. Sollte es Deutschland sein, ist nicht klar, wie lange es Kampfabstimmungen gegen Israel durchhält. Der amerikanische Druck auf die Deutschen dürfte groß sein, was entweder durch das Zurückziehen der Kandidatur oder durch eine Sitzteilung mit Belgien oder Israel gelöst werden könnte. Beide

Die Wahl der nichtständigen Mitglieder in den UN-Sicherheitsrat

Gemäß Artikel 18, Absatz 2 der Charta der Vereinten Nationen wählt die Generalversammlung die nichtständigen Mitglieder für den Sicherheitsrat. Die Wahl der Staaten einer Regionalgruppe – so auch der beiden Sitze der Gruppe der westeuropäischen und anderen Staaten (WEOG) – läuft wie folgt ab: Beide Sitze werden im selben Wahlgang gewählt. Wer bereits im ersten Wahlgang die erforderliche Zweidrittelmehrheit der Stimmen der anwesenden Staatenvertreter hat – sollten alle 193 Mitglieder anwesend sein, sind dies 129 Stimmen – ist gewählt. Wenn keiner der drei aktuell bekannten Bewerber dieses Quorum erreicht, treten die beiden Kandidaten mit den meisten Stimmen im zweiten Wahlgang gegeneinander an. Sollte es drei Runden lang keiner der beiden Kandidaten schaffen, die erforderliche Zweidrittelmehrheit der Stimmen auf sich zu vereinen, wird die Wahl geöffnet und neue Kandidaten können sich bewerben. Diese offene Wahl kann bis zu dreimal stattfinden. Dieses Prozedere wird solange durchgeführt, bis ein Kandidat die erforderliche Stimmenzahl erreicht hat. Kandidaten können aufgeben oder neue Kompromisskandidaten können sich zur Wahl stellen. Möglich ist auch, dass zwei gleichauf liegende Staaten sich den Sitz jahresweise teilen.

Quelle: Ahead of Security Council Elections, General Assembly President Explains How a Country Can Get a Non-Permanent Seat, UN News, 27.6.2016, www.un.org/apps/news/story.asp?NewsID=54339#.Whx6dLaX_OS

Szenarien sind für die deutschen Diplomatinen und Diplomaten nicht vorstellbar. Für sie ist das klare Ziel, im ersten Wahlgang gewählt zu werden.¹⁴ Allerdings ist auch denkbar, dass die USA Druck auf Belgien ausüben, um den Weg für Deutschland und Israel frei zu machen. Nicht zuletzt könnten Staaten, die Israel unterstützen, Deutschland an seine historische Verantwortung gegenüber Israel erinnern, weshalb das Erreichen der Zweidrittelmehrheit in der ersten Runde für die Bundesrepublik entscheidend ist.

Da die Wahl anonym ist, kann sich keiner der Bewerber auf Wahlzusagen verlassen. Beobachter räumen Deutschland jedoch deutlich bessere Chancen als Israel und etwas bessere Chancen als Belgien ein, auch wenn Israel wahrscheinlich mehr Stimmen als erwartet auf sich vereinen wird.¹⁵

¹¹ Dazu gehörten Dinner-Einladungen an afrikanische Botschafterinnen und Botschafter in New York und Reisen nach Jerusalem. Vgl. Kambiz Foroohar, Why Israel Wants a Seat on the United Nations Security Council, National Post, 16.8.2017, nationalpost.com/news/world/why-israel-wants-a-seat-on-the-united-nations-security-council

¹² Vgl. Williams, Israel's Quest, a.a.O. (Anm. 10).

¹³ George Mikhail, Arab States Coordinate Efforts to Block Israel's UN Security Council Bid, Al-Monitor, 4.10.2017, eu.al-monitor.com/pulse/contents/articles/archives/originals/2017/09/arab-countries-counter-israeli-candidacy-non-permanent-seat.html. Sollte Saudi-Arabien allerdings eine Vereinbarung mit Israel treffen, gemeinsam gegen Iran vorzugehen, könnten Saudi-Arabien und die mehrheitlich sunnitischen Staaten für Israel stimmen: Siehe Foroohar, Why Israel Wants a Seat, a.a.O. (Anm. 11).

¹⁴ So der Diplomat und Kampagnenleiter Andreas Künne, a.a.O. (Anm. 6).

¹⁵ Zu dieser Einschätzung kommen die langjährigen UN-Experten Richard Gowan und Ian Williams sowie der ehemalige deutsche UN-Botschafter Hans-Joachim Vergau in Gesprächen mit der Autorin im Januar und Februar 2018.



Der UN-Sicherheitsrat während eines Briefings mit dem UN-Sonderkoordinator für den Nahost-Friedensprozess Nickolay Mladenov. UN PHOTO: MANUEL ELIAS

Hat Deutschland es ›verdient‹, in den Sicherheitsrat zu kommen?

In Artikel 23 der UN-Charta werden die Kriterien für die Eignung als nichtständiges Mitglied aufgeführt: Danach zählt »[...] in erster Linie der Beitrag [...] zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit und zur Verwirklichung der sonstigen Ziele der Organisation [...]«.

In den zurückliegenden 28 Jahren seit der Wiedervereinigung hat die Bundesrepublik ihr Engagement in den Vereinten Nationen stetig ausgeweitet, jedoch nur wenige Schwerpunkte gesetzt. Man hat meist nach dem Gebot der Stunde dort mehr investiert, wo es notwendig schien. Militärische Unterstützung hat Deutschland lange Zeit entweder umgangen oder solche Einsätze zur Friedenssicherung gewählt, die nicht unter UN-Kommando standen, wie beispielsweise die Internationale Sicherheitsbeistandstruppe (ISAF) in Afghanistan oder die Kosovo-Truppe (KFOR). Wenn tatsächlich unter

UN-Kommando gedient wurde, dann nur in Einsätzen mit geringem Risiko für die Soldaten, unter anderem gilt dies für die Interimstruppe der Vereinten Nationen in Libanon II (UNIFIL II). Für eine bedeutende Mittelmacht mit Ambitionen auf einen ständigen Sicherheitsratssitz ist und bleibt die Beteiligung auf einem zu niedrigem Niveau.¹⁶

Dennoch attestieren einige Beobachterinnen und Beobachter Deutschland einen außenpolitischen Reifeprozess: Zu nennen sind hier die aktive Vermittlung in der Ukraine-Krise seit dem Jahr 2014, die Ausrüstung und Ausbildung kurdischer Peschmerga für den Kampf gegen den Islamischen Staat (Da'esh – IS), die Beteiligung an der Anti-IS-Koalition sowie an der Mehrdimensionalen integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali (MINUSMA).¹⁷

Insbesondere die Ausweitung der Beteiligung auf militärischem Gebiet wird als Beleg dafür angesehen, dass die Bundesrepublik eine größere Rolle in den Vereinten Nationen spielen will.¹⁸ Die Beteiligung Deutschlands an der MINUSMA mit hochwertigem Material und einem großen Kontingent an gut ausgebildetem Personal kann als ein Quantensprung angesehen werden.¹⁹ Die dauerhafte Übergabe von Bundeswehrfähigkeiten an die UN-Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze (DPKO) im September 2017 scheint für eine längerfristige Ausweitung des militärischen Engagements zu sprechen.²⁰

Auch Deutschlands Vorsitze in der Gruppe der Sieben (G7) (2015), der G20, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) im Jahr 2017 sowie seine Rolle bei den Atomverhandlungen mit Iran sind Zeichen gewachsenen sicherheitspolitischen Gewichts. Diese Verhandlungen sind insofern von besonderer Bedeutung als hier Deutschland über einige Jahre hinweg gemeinsam mit den P5 gleichberechtigt verhandelt hat. Manche Kritikerin kann aber hinter all dem keine Strategie erkennen, sondern nur »alten Wein in neuen Schläuchen«²¹.

¹⁶ So ist Deutschland lediglich auf Platz 34 der UN-Truppenstellerstaaten (Stand: Februar 2018), siehe United Nations Department of Peacekeeping Operations (DPKO), Troop and Police Contributors, www.peacekeeping.un.org/sites/default/files/ranking_of_military_and_police_contributions.pdf

¹⁷ Sarah Brockmeier, zitiert nach Les Neuhaus, Germany Wants to Break From US on Foreign Policy, Take Europe With It, Observer, 7.12.2017, observer.com/2017/12/sigmar-gabriel-announces-germany-is-breaking-from-us-on-foreign-policy/

¹⁸ Dies attestiert beispielsweise der Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) Volker Perthes: »Deutschland sollte weniger über Erdogan reden«, Interview, Tagesspiegel, 28.1.2018, www.tagesspiegel.de/politik/swp-chef-volker-perthes-deutschland-sollte-weniger-ueber-erdogan-reden/20899564.html

¹⁹ So sehen es Christian Stock, Transforming or Bending German Strategic Culture? From ISAF to MINUSMA, in: John Karlsrud/Kseniya Oksamytna (Eds.), The Theory and Practice of UN Peace Operations, 2018 (im Erscheinen) und der ehemalige verteidigungspolitische Sprecher der Grünen, Winfried Nachtwei: Stärkung des UN-Peacekeeping: Übergabe von Bundeswehrfähigkeiten an UN-Untergeneralsekretär Lacroix, 18.9.2017, dgvn.de/meldung/staerkung-des-un-peacekeeping-uebergabe-von-bundeswehrfaehigkeiten-an-un-untergeneralsekretaer-lacroix/

²⁰ Siehe Nachtwei, Stärkung des UN-Peacekeeping, a.a.O. (Anm. 19).

²¹ Aurélie Domisse, New Wine in Old Bottles: Germany and Conflict Prevention at the UN, Pass Blue, 15.9.2017, www.passblue.com/2017/09/15/new-wine-in-old-bottles-germany-and-conflict-prevention-at-the-un/

Rückblickend kann die deutsche UN-Politik im Sicherheitsrat als solide, zurückhaltend und grundsätzlich auf westlicher Linie liegend beschrieben werden. Die Bundesregierung setzte durchaus eigene Akzente mit den Themen Sicherheit und Klimawandel oder Kinder und bewaffnete Konflikte, ohne dabei einen grundsätzlichen Wandel oder eine wirkliche Verbesserung zu erreichen. Die Themen werden zwar gesetzt, aber nicht mit Leben gefüllt. Konsequenz wäre etwa, wenn Deutschland in allen konfliktbezogenen Resolutionen des Sicherheitsrats auf einen Passus zum Schutz von Kindern pochen würde. Oder wenn es beim Thema Klimawandel und Sicherheit einen Leitfaden entwickeln würde, ab wann der Sicherheitsrat sich mit akuten klimabedingten Krisen auseinandersetzen solle.

Deutschland hat keine Reformprojekte angestoßen – außer der mittelfristig aussichtslosen Frage der Erweiterung des Rates um neue ständige Mitglieder – und auch kein sonderliches Engagement gezeigt, die Arbeitsweise und Transparenz des Rates zu verbessern. Deutlich aktiver traten hier kleinere Staaten wie Liechtenstein oder die Schweiz auf.²²

Insgesamt betrachtet hat Deutschland jedoch durch sein kontinuierlich starkes Engagement im Bereich der Konfliktprävention und -nachsorge sowie sein stärkeres militärisches Engagement in Mali die »Lücke« bei der Übernahme internationaler Verantwortung geschlossen und wäre ein geeigneter Kandidat für einen nichtständigen Sitz im Sicherheitsrat.

Internationale und nationale Herausforderungen

Sollte Deutschland gewählt werden, würden die Jahre 2019/2020 aufgrund der weltpolitischen Lage eine schwierige Amtszeit werden. Die zunehmend isolationistisch handelnden USA lassen der Bundesregierung nur die Wahl, sich öfter deutlich gegen

über dem Verbündeten zu profilieren oder hinter der aufrecht erhaltenen Fassade eines transatlantischen Schulterschlusses zurückhaltend aufzutreten. Ziel sollte in jedem Fall sein, die USA, soweit es geht, in die Verantwortung zu nehmen, sie insbesondere beim Konflikt mit Nordkorea zur Deeskalation anzuhalten und ihren angekündigten massiven Budgetkürzungen bei der UN-Friedenssicherung²³ entgegenzutreten.

Die politische Konstellation in dieser Zeit wird aber auch aufgrund eines selbstbewussteren Russlands und eines erstarkten Chinas schwierig. Russland sieht sich durch seine Beteiligung am Syrien-Krieg und die Krim-Annexion als einflussreichen Akteur, dem an einer neuen Weltordnung »ohne westliche Hegemonie« gelegen ist.²⁴ China nimmt seit Ende des Jahres 2017 eine Art Führungsrolle in den internationalen Beziehungen für sich in An-

English Abstract

Anja Papenfuß

Establishing a Presence: Germany's Candidacy for a Non-permanent Seat on the UN Security Council pp. 51–56

Germany's routine run for one of the two temporary seats on the UN Security Council for 2019/2020 is promising, but far from certain. The two strong contenders in the Western European and Others Group (WEOG), Belgium and Israel, will prevent Germany from an easy run. Germany's campaign is not innovative, but its increased military participation in UN-led missions in recent years, above all MINUSMA in Mali, and its decisive involvement in the international negotiations on Iran's nuclear programme have considerably sharpened its profile as a major player. As an elected member, Germany will have to work hard to ensure that it represents Europe's interests at the UN and that the world body remains the key multilateral forum for crisis prevention and resolution.

Keywords: Belgien, Deutsche UN-Politik, Israel, Sicherheitsrat, Group of Western European and Other States – WEOG, UN Security Council

²² Vgl. Pascale Baeriswyl, Revolution durch die Hintertür. Moderne Arbeitsmethoden für einen wirksameren UN-Sicherheitsrat, Vereinte Nationen (VN), 5/2013, S. 195–200.

²³ Pentagon Official: US to Cut Contributions to UN Peacekeeping Missions, The Hill, 15.11.2017, www.thehill.com/policy/defense/360505-top-pentagon-official-us-to-cut-contributions-to-un-peacekeeping-missions

²⁴ Dimitri Suslow, Jetzt gestalten mal wir die Welt, Die Zeit, 1.2.2018.

²⁵ Junhua Zhang, Die globale Führungsrolle wechselt nach Peking, Neue Zürcher Zeitung, 21.11.2017, www.nzz.ch/meinung/die-globale-fuehrungsrolle-wechselt-nach-pekling-id.1329601

²⁶ Robin Emmott, Ukraine Crisis Needs 20,000-Strong U.N. Force: Report, Reuters, 12.2.2018, www.reuters.com/article/us-ukraine-crisis-peace-keepers/ukraine-crisis-needs-20000-strong-u-n-force-report-idUSKBN1FW168

²⁷ Süddeutsche Zeitung, Neues Iran-Format, 21.2.2018, S. 7.

²⁸ Guterres's Grand Plan to Remake the UN's Peace and Security »Pillar«, PassBlue, 20.10.2017, www.passblue.com/2017/10/20/guterres-big-plan-to-redo-the-uns-peace-and-security-pillar/

²⁹ Unterrichtung durch den Wehrbeauftragten, Jahresbericht 2017 (59. Bericht), Bundestagsdrucksache 19/700, 20.2.2018, insbesondere S. 8 und 42.

³⁰ Philipp Rotmann, Für eine ehrliche Außenpolitik, Frankfurter Rundschau, 28.2.2018, www.fr.de/politik/meinung/gastbeitraege/gastbeitrag-fuer-eine-ehrliche-aussenpolitik-a-1457085

³¹ Richard Gowan, As Domestic Opposition to a Greater Global Role Mounts, Will Germany Turn Inward? World Politics Review, 4.12.2017, www.worldpoliticsreview.com/articles/23727/as-domestic-opposition-to-a-greater-global-role-mounts-will-germany-turn-inward

Drei Fragen an Margarete Bause

Deutschland bewirbt sich für die Jahre 2019/2020 nun zum sechsten Mal für einen nichtständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat. Wie bewerten Sie diese Bewerbung?

Unser Land sollte sich international stärker für Frieden und die Einhaltung der Menschenrechte engagieren. Darum finde ich es gut, dass Deutschland sich in bestimmten Abständen um einen nichtständigen Sitz im Sicherheitsrat bemüht. Meine politischen Mitstreiterinnen und Mitstreiter in der Partei Bündnis 90/Die Grünen und ich wünschen uns mittel- bis langfristig allerdings einen europäischen Sitz. Solange dies nicht umgesetzt werden kann, sollten sich die europäischen Mitglieder im Sicherheitsrat sehr eng abstimmen.

Deutschland, so heißt es, solle mehr internationale Verantwortung übernehmen. Warum jedoch befindet sich die Bundesrepublik im Bereich der UN-Friedenssicherung immer noch im Mittelfeld und engagiert sich fast ausschließlich in Mali bei der MINUSMA?

Meine Fraktion und ich fordern seit vielen Jahren ein stärkeres Engagement und unterlegen dies immer wieder mit Initiativen im Bundestag. Leider hat sich die Bundesregierung zuletzt sogar mit dafür eingesetzt, dass das Budget der UN-Friedensmissionen gekürzt wird. Das kritisiere ich scharf und verlange im Gegenteil mehr Mittel für die Friedensmissionen und die Arbeit der UN insgesamt. Im Jahr 2017 haben wir die Bundesregierung aufgefordert, sich klare Zielvorgaben zu setzen. So war eine Forderung von uns, bis zum Jahr 2025 mindestens viermal so viele Polizistinnen und Polizisten wie aktuell in UN-Friedenseinsätze zu entsenden. Heute stellt Deutschland gerade einmal 27 Personen für UN-Polizeimissionen ab. Dies ist bei einer Gesamtzahl von rund 11 000 blamabel und zeugt nicht von internationaler Verantwortung.

Warum spielen Ihrer Meinung nach die UN im Bundestag kaum eine Rolle und wie könnten sie präsenter werden?

In der letzten Legislaturperiode gab es im Bundestag einen Unterausschuss Vereinte Nationen und ich hoffe, dass dieser auch jetzt wieder eingerichtet wird. Im Jahr 2015 hat unsere Fraktion viele Vorschläge zur Stärkung der UN vorgelegt. In der letzten Wahlperiode haben wir 17 Anträge zu den 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDGs) in den Bundestag eingebracht. Wir setzen uns für eine stärkere Gewichtung der zivilen Krisenprävention ebenso ein wie für die Sicherheitsratsresolution 1325 ›Frauen, Frieden, Sicherheit‹. Mit derartigen Initiativen versuchen wir, die Weltorganisation stärker ins Bewusstsein der Öffentlichkeit zu rücken.



Margarete Bause,
geb. 1959, ist Mitglied im Ausschuss für
Menschenrechte und humanitäre Hilfe im
Deutschen Bundestag. FOTO: RALF ROLETSCHEK

spruch.²⁵ Hier sollte sich Deutschland an der Einhegung des Syrien-Konflikts beteiligen, dessen Fortbestehen wie kaum ein anderer das Ansehen der Weltorganisation beschädigt, und damit Russland und China mit ihrem rein geostrategischem Kalkül im Rat ein wenig zurückdrängen. Die Bundesregierung sollte sich überdies an der Mandatsausgestaltung einer möglichen UN-Friedenstruppe in der Ostukraine beteiligen.²⁶

Sollte dies nicht umsetzbar sein, muss Deutschland zumindest beim Atomabkommen mit Iran hart bleiben und gemeinsam mit den anderen EU-Staaten ein Aufkündigen der USA verhindern. Das neue Format ›Strukturierter Dialog‹, an dem neben Deutschland, Frankreich, Großbritannien auch Italien und eine Vertretung der EU beteiligt sind, muss dazu genutzt werden.²⁷ In Afghanistan muss die Bundesregierung auf eine nachhaltige Eindämmung der Taliban und des IS hinwirken, da sich die Sicherheitslage in den letzten Jahren enorm verschlechtert hat. Den UN-Generalsekretär zu stärken, indem dessen Vorschläge für eine Reform der Friedenssicherung²⁸ auf den Weg gebracht werden, wäre ein ebenso realistischer wie dringend notwendiger Schritt.

Diplomatisches Geschick wird gefragt sein, um Großbritannien nach einem möglichen Brexit ab März 2019 weiterhin im Sinne der EU einzubinden. Gleichzeitig wird auf Deutschland in einem noch stärkeren Maße die Rolle des Hüters der EU-Interessen zukommen, die aufgrund der Spaltung in Fragen zur Migration und der Euro-Politik noch schwieriger zu definieren sein werden. Hilfreich für eine starke EU-Position könnte sein, wenn mit Polen, möglicherweise Belgien und Deutschland sowie Frankreich und Großbritannien ein Drittel der Ratsmitglieder aus Europa kommen sollte.

Auf nationaler Ebene sollte die Bundesregierung die breite gesellschaftliche Diskussion über eine strategischere UN-Politik nicht scheuen. Sollte es beim stetigen Ausbau der militärischen Beteiligung an UN-Missionen bleiben, müssen sich auch das Auswärtige Amt und der Außenminister dazu bekennen und das Verteidigungsministerium bei der dringend gebotenen Aufstockung des Wehretats und der Ausrüstung²⁹ unterstützen.³⁰ Die Große Koalition in Berlin wird es nicht leicht haben, mit einer national ausgerichteten Alternative für Deutschland (AfD) als größte Oppositionspartei für mehr internationales Engagement Unterstützung in der deutschen Öffentlichkeit zu gewinnen.³¹ Sie sollte dies dennoch tun. In Zeiten von wachsendem Populismus, Autoritarismus und Nationalismus ist das traditionelle Eintreten Deutschlands für Rechtsstaatlichkeit, friedliche Streitbeilegung, Selbstbestimmungsrecht der Völker und Achtung der Menschenrechte wichtiger denn je. Die Erwartungen an Deutschland, hier nicht nachzugeben, werden groß sein.